

14.08.2024

Niederschrift 001/2024

Ausschuss für Mobilität, Bauen und Geoinformation

am 05.03.2024 | Dienstgebäude Platanenallee | Platanenallee 16 | 59425 Unna | Raum 124

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Jens Schmülling (SPD)

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Christine Hupe

Vertretung für Frau Martina Eickhoff

Herr Jürgen Kerl

Herr Jens Krammenschneider-Hunscha

Frau Annette Maria Thomae

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Annette Droege-Middel

Vertretung für Herrn Michael Zolda

Herr Wilfried Feldmann

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Gerhard Meyer

Kreistagsmitglied Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Frau Anke Schneider

Kreistagsmitglied DIE LINKE - UWG Selm

Herr Dr. Hubert Seier

Kreistagsmitglied GFL + WfU

Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

Vertretung für Herrn Reinhard Schulz

Sachkundiger Bürger SPD

Herr Simon Lehmann-Hangebrock

Anwesend bis 17:26 Uhr.

Sachkundiger Bürger CDU

Herr Thomas Buller-Hermann

Sachkundiger Bürger Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Herr Christoffer Diedrich

Sachkundiger Bürger FDP

Herr Dipl. Ing. Ludger Auferoth

N.N.

Herr Timon Lütschen

Verwaltung

Herr Adrian Kersting | Dezernent Dezernat II

Herr Florian Farwick | Fachbereichsleiter 60 – Bauen und Planen

Herr Volker Klöpper | Sachgebietsleiter 69.4 – Mobilität und Klimaschutz

Herr Martin Oschinski | Fachbereichsleiter 62 - Geoinformation und Kataster

Frau Tanja Katlun | Schriftführerin | Büro Landtag, Kreistag, Gleichstellung

Abwesend:

Kreistagsmitglied SPD

Frau Martina Eickhoff

Kreistagsmitglied CDU

Herr Michael Zolda

Kreistagsmitglied Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Herr Thomas Möller

Sachkundiger Bürger GFL + WfU

Herr Reinhard Schulz

Herr Schmülling begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 22.02.2024 versandt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 2 011/24 Weiterentwicklung der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule Bergkamen; Ergebnisse der Machbarkeitsstudie

Punkt 3 017/24 Ladebordsteine für E-Fahrzeuge und Prüfauftrag zur probeweisen Verlegung von Ladebordsteinen für E-Fahrzeuge; Tagesordnungspunktverlangen und Antrag der Fraktion GEI + WfU vom 01.02.2024

Punkt 4 008/24 Antrag des Kreises Unna auf Verlängerung der Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW

- Punkt 5** Mietspiegel 2024;
Bericht der Verwaltung
- Punkt 6** Sachstand zu Hochbaumaßnahmen;
Bericht der Verwaltung
- Punkt 7** Sachstand zum Straßen- und Radwegebau;
Bericht der Verwaltung
- Punkt 7.1** 029/24 Sachstand Straßen- und Radwegebau;
Anfrage der Fraktion GFL+WfU vom 01.03.2024
- Punkt 8** Sachstand zum Deutschlandticket/Verlängerung Allgemeine Vorschrift;
Bericht der Verwaltung
- Punkt 9** Sachstand zum Stopp des Revisionsprozesses der WestfalenTarif GmbH/zu den Strukturüberlegungen bei WTG und NWL; Bericht der Verwaltung
- Punkt 10** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
- Nichtöffentlicher Teil
- Punkt 11** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
- Öffentlicher Teil
- Punkt 1** **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**
- Fragen von Einwohner*innen ergeben sich nicht.
- Punkt 2 011/24** **Weiterentwicklung der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule Bergkamen;
Ergebnisse der Machbarkeitsstudie**

Erörterung

Herr Farwick stellt anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1) die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule in Bergkamen vor.

Im Anschluss an die Ausführung von Herrn Farwick verweist Herr Schmülling darauf, dass die Diskussion inhaltlich bereits im Schulausschuss am 07.02.2024 stattgefunden habe und die Beschlussfassung aufgrund von Beratungsbedarf geschoben worden sei.

Frau Thomae bedankt sich vorab für die gute und kurze Zusammenfassung der 85 seitigen Machbarkeitsstudie und spricht sich im Namen ihrer SPD-Fraktion positiv für Variante 1 aus.

Sie hebt hier besonders die Berücksichtigung des Gewässerschutzes hervor und merkt an, dass dies für die Entscheidung von zentraler Bedeutung gewesen sei.

Frau Schneider meldet für ihre Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag weiterhin Beratungsbedarf und spricht sich für eine Vertagung der Beschlussfassung auf die Sitzungen des Kreisausschusses und Kreistages aus.

Herr Feldmann spricht sich für die CDU-Fraktion ebenfalls für Variante 1 aus, erklärt sich aber aufgrund des vorhandenen Beratungsbedarfes mit einer Vertagung auf die nächsten Sitzungen von Kreisausschuss und Kreistag einverstanden.

Herr Professor Dr. Hofnagel verweist auf die Fragen und kritischen Positionierungen von Herrn Kampmann im Schulausschuss und sieht vor diesem Hintergrund das Vorhaben sehr kritisch. Seine Fraktion GFL+WfU werde sich zu gegebener Zeit klar positionieren er befürworte ebenfalls die Vertagung.

Herr Dr. Seier schließt sich den Äußerungen von Herrn Professor Dr. Hofnagel an und äußert darüber hinaus Bedenken hinsichtlich der wirtschaftlichen und ökologischen Nachhaltigkeit der Variante 1. Er bittet diesbezüglich um weitere Klärungen.

Herr Professor Dr. Hofnagel bittet abschließend die Fachverwaltung um Beantwortung aller offenen Fragen auch aus dem Schulausschuss bis zum nächsten Kreisausschuss und merkt an, dass dies hilfreich für die finale Entscheidungsfindung im Kreistag sei.

Herr Schmülling weist darauf hin, dass alle offenen Fragen die den Ausschuss für Mobilität, Bauen und Geoinformation beträfen auch entsprechend beantwortet würden und alle Fragen die den Schulausschuss beträfen eben auch im Schulausschuss angesprochen werden müssten.

Herr Professor Dr. Hofnagel bittet an dieser Stelle, die Wege zu verkürzen und auch die offenen Fragen aus dem Schulausschuss mitzunehmen.

Herr Farwick verweist auf das Thema der Schülerunterbringung aus dem Schulausschuss und erklärt, dass er die Thematik mit Herrn Kampmann bereits besprochen habe. Diese Aufgabe könne zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht beantwortet werden, da es nicht Teil der Machbarkeitsstudie sei, und müsste aufgrund der Tragweite von einem Architekten erarbeitet werden.

Weiter merkt er an, dass die Kostenschätzung von 30.000 € auf ein zweigeschossiges Rechteckgebäude basiere und auf eine mögliche Containerunterbringung der Schüler*innen angelegt sei. Er unterstreicht, dass dies aber noch nicht final feststehe und sich jederzeit ändern könnte. Zum jetzigen Zeitpunkt könne man keine detaillierte Kostenschätzung vornehmen.

Herr Kersting ergänzt, dass nach der Machbarkeitsstudie eine Planung in Auftrag gegeben werde, die entsprechende Raummaße ausweise und eine damit verbundene Kostenverfeinerung.

Er spricht die Schwierigkeit der Unterbringungsmöglichkeiten der Schüler*innen bei einem kompletten Abriss des Gebäudes an. Man habe hierzu diverse Gespräche mit sämtlichen Nordkreiskommunen geführt und mangels Flächen müssen man einsehen, dass man nur im Bestand sanieren könne.

Abschließend weist Frau Schneider noch auf die öffentlichen Verkehrsanbindungen hin.

Sie bittet, im Hinblick auf die Bedarfe der Schüler*innen an eine gesellschaftliche Teilhabe zu denken.

Die Beschlussfassung zur Drucksache 011/24 wird einvernehmlich auf die Sitzung des Kreisausschusses am 18.03.2024 verschoben.

Punkt 3 017/24

Ladebordsteine für E-Fahrzeuge und Prüfauftrag zur probeweisen Verlegung von Ladebordsteinen für E-Fahrzeuge; Tagesordnungspunktverlangen und Antrag der Fraktion GFL + WfU vom 01.02.2024

Erörterung

Nach einleitenden Worten von Herrn Schmülling stellt Herr Prof. Dr. Hofnagel das Anliegen der GFL+WfU noch einmal vor

Er bittet die Verwaltung, die Umsetzbarkeit und potenzielle Standorte für diese Infrastruktur zu evaluieren.

Herr Kersting spricht sich grundsätzlich positiv für die Innovation aus und erläutert nachfolgend, warum die Innovation nicht in die Zuständigkeit des Kreises Unna falle.

Er fügt hinzu, dass die Fachverwaltung gerne bereit sei, dies in künftigen Gesprächen mit den Kommunen über Kreisstraßen zu erwähnen. Man könne den Kommunen aber nicht auferlegen, Ladebordsteine zu verlegen.

Abschließend bittet Herr Schmülling zu protokollieren, dass es eine Überlegung sei, bei zukünftigen Bautätigkeiten diese Option mit in die Gespräche der Kommunen zu nehmen.

Herr Prof. Dr. Hofnagel erklärt, er ziehe den Antrag zurück.

Punkt 4 008/24

Antrag des Kreises Unna auf Verlängerung der Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. (AGFS)

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Verlängerung der Mitgliedschaft des Kreises Unna in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e. V. (AGFS) zu beantragen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Herr Oschinski berichtet anhand einer Präsentation (s. Anlage 2) über den Mitspiegel 2024 und beantwortet gemeinsam im Nachgang aufkommende Fragen.

Punkt 6 Sachstand zu Hochbaumaßnahmen; Bericht der Verwaltung

Erörterung

Herr Farwick stellt anhand einer Präsentation (s. Anlage 3) den Sachstand zu Hochbaumaßnahmen vor.

Frage ergeben sich nicht.

Punkt 7 Sachstand zum Straßen- und Radwegebau; Bericht der Verwaltung

Erörterung

Nach einleitenden Worten von Herrn Schmülling stellt Herr Prof. Dr. Hofnagel das Anliegen der GFL+WfU noch einmal vor. Er verweist auf die Fragestellung der Bürgerinitiative, wie in der Anfrage aufgeführt.

Herr Kersting führt anschließend aus, dass es keinen anderen Sachstand zu vorgenannter Thematik seitens der Fachverwaltung vom Kreis Unna gebe. Solange die EU - Richtlinien als Anordnung der Bezirksregierung gelten, müsse man die Straßen nach Anordnung der Bezirksregierung bauen.

Punkt 7.1 029/24 Sachstand Straßen- und Radwegebau; Anfrage der Fraktion GFL+WfU vom 01.03.2024

Erörterung

Nach einleitenden Worten von Herrn Schmülling stellt Herr Prof. Dr. Hofnagel das Anliegen der GFL+WfU noch einmal vor. Er verweist auf die Fragestellung der Bürgerinitiative, wie in der Anfrage aufgeführt.

Herr Kersting führt anschließend aus, dass es keinen anderen Sachstand zu vorgenannter Thematik seitens der Fachverwaltung vom Kreis Unna gebe. Solange die EU - Richtlinien als Anordnung der Bezirksregierung gelten, müsse man die Straßen nach Anordnung der Bezirksregierung bauen.

Punkt 8 Sachstand zum Deutschlandticket/Verlängerung Allgemeine Vorschrift; Bericht der Verwaltung

Erörterung

Herr Klöpper stellt anhand einer Präsentation (s. Anlage 5) den Sachstand zum Deutschlandticket/ Verlängerung Allgemeine Vorschrift vor.

Sodann schließt sich ein kurzer Austausch der Beteiligten zu der zuvor dargestellten Thematik an.

Punkt 9 **Sachstand zum Stopp des Revisionsprozesses der WestfalenTarif GmbH/zu den Strukturüberlegungen bei WTG und NWL; Bericht der Verwaltung**

Erörterung

Herr Klöpper berichtet anhand einer Präsentation (siehe Anlage 5) über den Sachstand zum Stopp des Revisionsprozesses der WestfalenTarif GmbH und zu den Strukturüberlegungen bei WTG und NWL. Er erklärt, dass der Revisionsprozess aus finanziellen und organisatorischen Gründen gestoppt worden sei. Es würden derzeit unterschiedliche Strukturüberlegungen geprüft, die die Zukunft der Gesellschaften sichern könne.

Punkt 10 **Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

Mitteilung 1:

Herr Klöpper berichtet über die Neuaufstellung des Nahverkehrsplans des Kreises Unna. Er führt aus, dass ein detaillierter Bericht zum Nahverkehrsplan bereits im Arbeitskreis besprochen worden sei und betont, dass die Vorlage am 19.03.2024 im Kreistag präsentiert würde. Ein wichtiger Termin für die Kommunen und Fachleute über den Nahverkehrsplan zu diskutieren, sei der 09.04.2024. Der finale Entwurf werde im Juni im Kreistag eingebracht.

Es folgt ein kurzer Austausch über die Teilnahme von politischen Vertreter*innen an der Veranstaltung. Hierbei wurde betont, dass die Einbeziehung der politischen Vertreter*innen in die Entscheidungsprozesse von Bedeutung sei, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Es herrschte Einigkeit darüber, dass die Kommunikation zwischen Verwaltung und Politik verbessert werden müsse, um Missverständnisse zu vermeiden und eine reibungslose Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Mitteilung 2:

Herr Kersting macht auf die vorherrschende Personalknappheit insbesondere bei den Architektenstellen aufmerksam. Er merkt an, dass trotz mehrmaliger Ausschreibungen die die Vollzeitstelle nicht besetzt worden sei. Aufgrund dessen müsse eine Priorisierung der Bauprojekte vorgenommen werden, wobei man zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben unterscheide.

Anlagen

1. Ergebnisse der Machbarkeitsstudie (Präsentation TOP 2)
2. Mietspiegel (Präsentation TOP 5)
3. Sachstand Hochbau (Präsentation TOP 6)
4. Sachstand Straßenbaumaßnahmen (Präsentation TOP 7)
5. Sachstand zum Deutschlandticket/Verlängerung Allgemeine Vorschrift (Präsentation TOP 8 und TOP 9)

gez. Tanja Katlun
Schriftührerin

gez. Jens Schmülling
Vorsitzender